

**Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat**

**Motion Fraktion SP/JUSO (Johannes Wartenweiler/Barbara Nyffeler, SP): Eine Strategie für den Wirtschafts- und Arbeitsstandort Stadt Bern; Fristverlängerung**

Mit fast 185'000 Arbeitsplätzen und rund 12'000 Unternehmen ist die Stadt Bern ein bedeutender Wirtschafts- und Arbeitsstandort. Wichtigste Branchen sind die öffentliche Verwaltung (mit der Bundesverwaltung), das Gesundheitswesen (mit den grossen öffentlichen und privaten Spitälern), die Bildung (mit der Universität, der Berner Fachhochschule und den zahlreichen Schulen im Sek II-Bereich). Besonderes Gewicht haben zudem grosse öffentliche Unternehmen mit ihren Hauptsitzen (SBB, Post, BLS). Als Unternehmens- und Forschungsstandort ist Bern auch im Bereich Medtech/LifeSciences relevant. Darüber hinaus verfügt die Stadt Bern über eine breit gefächerte Unternehmenslandschaft mit zahlreichen grösseren, mittleren und kleineren Firmen aus verschiedensten Branchen.

Die Stadt Bern hat ihre Vorstellungen zur Entwicklung des Wirtschaftsstandortes punktuell festgehalten. Das Stadtentwicklungskonzept STEK legt die Grundsätze für die räumliche Entwicklung fest und definiert, wo künftig gearbeitet werden soll. Die Legislaturrichtlinien des Gemeinderates 2017 «Stadt der Beteiligung» enthalten nur am Rande Ziele und Massnahmen für den Wirtschaftsstandort Stadt Bern. Der Wirtschaftsraum Bern als Teilkonferenz der Regionalkonferenz Bern-Mittelland hat vor einigen Jahren eine Wirtschaftsstrategie 2020 für die Region formuliert. Was fehlt: Eine Gesamtsicht über den Wirtschafts- und Arbeitsstandort Stadt Bern, seine Chancen und Risiken, seine Entwicklungsperspektiven und über die Einflussmöglichkeiten von Seiten der Stadt. Basel und Zürich haben entsprechende Grundlagen erarbeitet, Ziele definiert und sind daran, konkrete Einzelmassnahmen umzusetzen.

Der Gemeinderat wird deshalb aufgefordert,

1. Eine Wirtschaftsstrategie zu erarbeiten, die aufzeigt, wie sich der Wirtschaftsstandort Stadt Bern entwickeln soll (Ziele) und wie die Stadt darauf Einfluss nehmen will (Instrumente).
2. Diese Wirtschaftsstrategie soll auf folgende Aspekte besonders eingehen, die für Unternehmen und für den Werkplatz Stadt Bern wichtig sind:
  - Bildungsstandort
  - Gesundheitsstandort und Medtech
  - Sicherung von Gewerbeflächen
  - Verkehrsinfrastruktur (SBB, BLS, RBS, Postauto, Bernmobil)
  - Kommunikation (Post, Telekommunikation, Digitalisierung)
  - Service Public

Bern, 26. April 2018

*Erstunterzeichnende: Barbara Nyffeler, Johannes Wartenweiler*

*Mitunterzeichnende: Ingrid Kissling-Näf, Edith Siegenthaler, Benno Frauchiger, Timur Akçasayar, Fuat Köçer, Halua Pinto de Magalhães, Katharina Altas, Yasemin Cevik, Mohamed Abdirahim, Michael Sutter, Nora Krummen, Marieke Kruit, Ladina Kirchen Abegg, Bettina Stüssi, Peter Marbet*

## Bericht des Gemeinderats

Die Motion Fraktion SP/JUSO vom 26. April 2018 wurde vom Stadtrat mit SRB Nr. 2019-220 vom 28. März 2019 erheblich erklärt. Der Inhalt der Motion betrifft inhaltlich einen Bereich, der in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegt, weshalb der Motion der Charakter einer Richtlinie zukommt. Der Gemeinderat wurde damit aufgefordert, eine Strategie für den Wirtschafts- und Arbeitsstandort Stadt Bern auszuarbeiten.

Die Entwicklung der Wirtschaftsstrategie 2030 der Stadt Bern wurde als Prozess mit mehreren Zwischenschritten konzipiert. Im Jahr 2019 wurden Vorarbeiten zur Strategieentwicklung geleistet. In einem ersten Schritt erhielten Interessengruppen die Möglichkeit, ihre Perspektive in Form einer Online-Umfrage einzubringen. Die Antworten aus dieser Umfrage ergaben ein erstes Bild zu den Stossrichtungen, die in die Wirtschaftsstrategie 2030 der Stadt Bern einfließen sollen. Um dieses Bild zu festigen, fand am 26. November 2019 ein vom Wirtschaftsamt durchgeführter Workshop statt. Ziel war es, die Stossrichtungen aus der Online-Umfrage zu vertiefen beziehungsweise zu ergänzen, und damit eine robuste Grundlage für eine Strategie zu entwickeln, die auf die wirtschaftspolitischen Anliegen und Bedürfnisse der Stadt Bern zugeschnitten ist. Gestützt auf die Stossrichtungen sollte in der Folge die «Wirtschaftsstrategie 2030» für die Stadt Bern erarbeitet und eine ExpertInnengruppe konstituiert werden, welche die Erarbeitung und die Inhalte kritisch begleitete, kommentierte und damit von Anbeginn weg für die nötige Konsolidierung sorgte.

Mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie mussten die Arbeiten an der «Wirtschaftsstrategie 2030» gestoppt werden, da pandemiebedingt andere Aufgaben an Bedeutung gewannen und aufgrund der Dringlichkeit priorisiert werden mussten. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie hatten zur Folge, dass die Arbeiten an der Wirtschaftsstrategie bis auf Weiteres sistiert werden mussten. Stattdessen unterstützt das Wirtschaftsamt seit Beginn der Pandemie Unternehmen in prekären Verhältnissen mittels Beratungen und Informationen, damit diese möglichst rasch an die von Bund und Kanton vorgesehenen Hilfeleistungen gelangen (Auskünfte, Informationsschreiben für KMU, Schema in 11 Sprachen für den einfachen Zugang zu Hilfeleistungen, Newsletter mit Corona-Beiträgen). Zudem beantwortete das Wirtschaftsamt zahlreiche parlamentarische Vorstösse zum Thema Corona. Nach dem «Runden Tisch» vom 16. November 2020 zu möglichen Unterstützungsmassnahmen für die Wirtschaft angesichts der Sars-CoV-2-Pandemie wurde die städtische Corona-Notunterstützung in Form einer Mietzinshilfe entwickelt. Dieses anspruchsvolle Projekt nahm einen Grossteil der Ressourcen beim Wirtschaftsamt für die Planung und Umsetzung in Anspruch. Die Corona-Notunterstützung bindet nach wie vor viele Ressourcen beim Wirtschaftsamt: Der letzte mögliche Termin für das Einreichen der Gesuche im Rahmen der Corona-Notunterstützung in Form einer Mietzinshilfe ist der 30. April 2021.

Schliesslich hat das Wirtschaftsamt in den Jahren 2019/2020 diverse strategische Projekte parallel bearbeitet. Namentlich wurden die Projekte «Perspektive Detailhandel Innenstadt» und «Zukunft Werkplatz Bern» gestartet. Mit dem Projekt Perspektive Detailhandel Innenstadt wird in Zusammenarbeit mit Akteuren aus der Innenstadt ein Vorgehenskonzept für eine Stärkung des innerstädtischen Detailhandels angesichts des Strukturwandels in der Branche und der wachsenden Konkurrenzierung durch den Onlinehandel entwickelt. Für die Erhaltung der für Bern charakteristischen Nutzungs- und Geschäftsstruktur in der Innenstadt – und damit zur Verhinderung einer Verödung der historischen Altstadt – ist dieses Vorhaben von elementarer Bedeutung und hoher Dringlichkeit. Aufgrund der zusätzlichen Bedrohung des Detailhandels durch die Massnahmen gegen die Sars-CoV-2-Pandemie ist eine rasche, prioritäre Fertigstellung des entsprechenden Konzepts erforderlich. Mit dem Projekt «Zukunft Werkplatz Bern» wird währenddessen eine Grundlage für eine integralere Wahrnehmung der Interessen des produzierenden Gewerbes angesichts der baulichen Entwicklung in den Städten geschaffen (Umnutzung von dispers genutzten Arbeitsarealen zu dichten Wohnbaugebieten). Damit soll sichergestellt werden, dass trotz wachsendem Wohnraumbedarf

und Trend zur Innenverdichtung Gewerbeflächen langfristig sichergestellt und gewerbliche Anliegen aufgenommen werden können. Auch hier strebt der Gemeinderat eine rasche Finalisierung des Projekts an. Der Abschluss dieser beiden Strategiearbeiten setzt eine neuerliche Priorisierung der Arbeiten des Wirtschaftsamts voraus.

Vor diesem Hintergrund beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat eine Fristverlängerung für die Erarbeitung der «Wirtschaftsstrategie 2030» bis zum Sommer 2022. Damit eröffnet sich auch die Möglichkeit, in der Wirtschaftsstrategie vertiefter auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Wirtschaft eingehen und diese im Strategieerarbeitungsprozess mitberücksichtigen zu können.

### **Antrag**

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zur Motion Fraktion SP/JUSO (Johannes Wartenweiler/Barbara Nyffeler, SP): Eine Strategie für den Wirtschafts- und Arbeitsstandort Stadt Bern; Fristverlängerung.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Erfüllung der Motion bis zum 31. August 2022 zu.

Bern, 17. März 2021

Der Gemeinderat